

Zugang zu Saatgutvielfalt

statt

Abhängigkeit von Gentechnik-Konzernen

**Acceso a la diversidad de semillas
en lugar de depender de las empresas de ingeniería genética**

**Access to seed diversity
instead of dependence on genetic engineering corporations**

**L'accès à la diversité des semences
au lieu de dépendre des entreprises du génie génétique**



Bäuerliche Protestnote

Aufruf an die Internationale Agrarminister:innen-Konferenz

Berlin, 21. Januar 2023

Zugang zu Saatgutvielfalt statt Abhängigkeit von Gentechnik-Konzernen

Nur mit bäuerlicher Vielfalt kann die nachhaltige Transformation der Ernährungssysteme gelingen

Aufruf an die Internationale Agrarminister:innenkonferenz

Berlin, 21. Januar 2023

Angesichts der sich weiter drastisch verschärfenden chronischen Welternährungskrise und der angespannten Lage auf den bäuerlichen Betrieben sind wir Bäuerinnen und Bauern nun bereits zum dreizehnten Mal in Folge mit unseren Treckern zur „Wir haben es satt“-Demonstration und zum *Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)* nach Berlin gekommen. Wir Bäuerinnen und Bauern sind in immer größerer Sorge um unsere Betriebe und die Höfe unserer Kolleg:innen weltweit. Wir blicken mit großer Unzufriedenheit auf ein Jahr Ampel-Koalition. Denn die Bilanz der Regierung ist ernüchternd: zu wenig, zu langsam, zu viele Zugeständnisse gegenüber der Agrarindustrie und den Profiteuren des bestehenden Systems. Eine Transformation der Ernährungssysteme sieht anders aus!

Noch im vergangenen April, nur wenige Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, haben wir Sie, Herr Özdemir, bei einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Landwirtschaftsministerium aufgefordert, die Krisen zusammen zu denken und nicht gegeneinander auszuspielen. Doch viele unserer Forderungen wurden nicht nur nicht gehört. Es hat den Anschein, als verfolge die Bundesregierung die genau entgegengesetzten Positionen. Erst wurden im Juni die ökologischen Vorrangflächen freigegeben. Dann wurde die Finanzierung des nötigen Umbaus hin zu art- und klimagerechter Tierhaltung verwehrt und noch immer werden Subventionen nach Fläche vergeben statt ökologische Leistungen zu honorieren. Gerade aber die Bemühungen von Bäuer:innen für eine agrarökologische Wende sind zentral in der deutschen und europäischen Debatte um die Transformation des Ernährungssystems. Sie brauchen klare Rahmenbedingungen, um die Transformation anzugehen.

Gleiches gilt für die internationale Ebene: Auch dort wird die Transformation aufgeschoben. So wurden und werden international nicht jene Produzent:innen gefördert, die für eine regional angepasste nachhaltige Transformation des Ernährungssystems und Ernährungssouveränität stehen. Vielmehr wurde der Fokus der Krisenantworten daraufgelegt, die Märkte offen zu halten und die Preise für chemisch-synthetische Düngemittel zu senken. Auch international also ‚business as usual‘ statt Transformation des Ernährungssystems.

Statt bäuerliche Vielfalt auf dem Acker zu fördern, erleben wir national wie international eine Rolle rückwärts: Hartnäckig hält sich der Mythos, mit monokausalen Produktionssteigerungen und fatal vereinfachten technischen Lösungsansätzen, wie Digitalisierung oder Gentechnik, Ernährungssicherheit herstellen zu können. Diese falschen Antworten treiben uns gemeinsam mit der Zivilgesellschaft auf die Straßen.

Erneut weckt das diesjährige Thema des GFFA „Ernährungssysteme transformieren: Eine weltweite Antwort auf multiple Krisen“ bei uns große Erwartungen und Hoffnungen. Der Titel ist gut, jedoch haben wir Zweifel an der Umsetzung. Für uns gilt weiter wie im April: **Frieden säen, Krieg beenden – Hungerbekämpfung muss strukturell und im Welternährungsrat CFS angegangen werden.**



Wir erkennen den Einsatz des BMEL für diese Agenda in den vergangenen Monaten an und sehen auch die strukturellen Veränderungen, die im BMEL zur Stärkung des Rechts auf Nahrung und des CFS eingeleitet wurden. Auch das GFFA selbst scheint sich zu wandeln. Die zentrale Einbeziehung des Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung sehen wir als Meilenstein an, gerade weil dieser Schritt selbstverständlich und seit Jahren überfällig ist. Er steht hoffentlich für die Auflösung der jahrzehntelangen Transformationsblockaden in Deutschland. Es ist aber auch nur ein erster Schritt, dem viele weitere folgen müssen.

Wir sind skeptisch, denn es fehlt zum einen an einer glaubwürdigen Politik hin zu einer agrarökologischen Wende in der Ampelkoalition und zum anderen an der Ambition, internationale Beschlüsse auf nationaler und europäischer Ebene umzusetzen. Das Recht auf Nahrung und die Rechte von Bäuerinnen und Bauern müssen Leitplanken einer kohärenten Politik hier und weltweit sein – für den globalen Süden genauso wie für den globalen Norden.

Jedes Jahr, in dem nicht ambitioniert gehandelt wird, bedeutet den Verlust von noch mehr Betrieben und die Zunahme von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Die extrem gestiegene Ungleichheit wird von nichts drastischer aufgezeigt als von 828 Millionen Menschen, die chronisch hungern. Gleichzeitig wachsen die Profite der Agrar- und Ernährungskonzerne immer weiter. Antworten im Sinne des Rechts auf Nahrung für die Überwindung dieser immer weiter zunehmenden Ungleichheit zu formulieren ist Aufgabe des CFS. Auch der UN-Sonderberichterstatter unterstreicht diese Notwendigkeit und fordert einen globalen Aktionsplan zur Durchsetzung des Rechts auf Nahrung. Diese Antworten werden für viele wohlhabende Staaten, Konzerne und Menschen unbequem sein, denn es wird ganz sicher auch um Umverteilung gehen müssen.

Saatgut ist Gemeingut

Seit mehr als 10.000 Jahren selektieren, tauschen, lagern und verkaufen Bäuer:innen Saatgut. Sie haben damit die Vielfalt geschaffen, die uns täglich neues Leben schenkt. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Ernährungssouveränität. Saatgut ist Gemeingut. Doch Kolonialismus und Industrialisierung der Landwirtschaft haben dieses wertvolle Erbe immer weiter erodieren lassen und die bäuerlichen Rechte immer weiter eingeschränkt. Konzerne gewannen durch geistige Eigentumsrechte und Patente – nicht zuletzt durchgesetzt mittels Handelsabkommen – immer mehr Macht über das Saatgut und unsere Ernährung. Viele Bäuer:innen haben ihre Saatgutsouveränität verloren und sind nun abhängig von multinationalen Saatgutkonzernen, die bestimmen, welches Saatgut mit welchen Eigenschaften auf den Markt kommt. Diese Entwicklungen sind fatal und erschweren die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und die Überwindung des Hungers. Gleichzeitig führt diese Abhängigkeit zu Monotonie auf den Feldern und bedroht so die biologische Vielfalt.

Um dem entgegen zu wirken, den Verlust der Agrar-Biodiversität aufzuhalten und den unermesslichen bäuerlichen und indigenen Beitrag zur Welternährung und zur Biodiversität anzuerkennen, formulierte die internationale Staatengemeinschaft schon Ende des 20. und zu Beginn dieses Jahrhunderts die bäuerlichen und indigenen Rechte und verabschiedete das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) und ihre Protokolle, den Internationalen Saatgutvertrag (ITPGRFA), die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) und die UN-Erklärung über bäuerliche Rechte (UNDROP). Der bäuerliche Zugang zu Saatgutvielfalt muss endlich gesichert werden und die internationalen Abkommen wie UNDROP endlich in nationales Recht überführt werden. Ohne bäuerliche (Saatgut-) Vielfalt wird es keine Überwindung des Hungers geben.

Gentechnik strikt regulieren statt Abhängigkeit von Gentechnikkonzernen verstärken

Hunger strukturell zu bekämpfen bedeutet auch, sich entschieden gegen die falschen Lösungen der Hungerbekämpfung einzusetzen. Es ist höchste Zeit, denn eine starke Lobby von einigen Konzernen, Technik- und Wissenschaftsvereinigungen setzen sich dafür ein, neue Gentechnikverfahren von der Regulierung nach EU-Gentechnikrecht auszunehmen. Die Ausnahme aus der Regulierung begründen diese Akteure immer wieder damit, dass die neuen Gentechnikverfahren für die Hungerbekämpfung benötigt würden. Und dies, obwohl schon die erste Generation Gentechnik keinen Beitrag zur Hungerbekämpfung geleistet hat, sondern Millionen von Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von Agrarkonzernen und Verschuldung gezwungen hat. Gleichzeitig sind Produktionssysteme etabliert worden, die auf gentechnisch erzeugten pestizid-toleranten Pflanzen basieren und die Biodiversität extrem belasten.

Auch jetzt bieten die neuen Gentechnik-Verfahren keinen Beitrag zur Bekämpfung des Hungers oder der Klima- und Biodiversitätskrisen. Sie zu deregulieren würde dazu führen, dass gentechnisch veränderte Organismen (GVO) ohne unabhängige Risikoprüfung, ohne Rückverfolgbarkeit und ohne Kennzeichnungspflicht auf den Saatgut- und Lebensmittelmarkt kommen könnten. Die Folgen und Risiken müssten die Bäuer:innen und Verbraucher:innen tragen. Bäuerinnen und Bauern fordern auch in Zukunft das Recht auf gentechnikfreie Erzeugung von Lebensmitteln und Verbraucher:innen das Recht auf gentechnikfreie Nahrung. Voraussetzung dafür ist die strikte Regulierung auch der neuen Gentechniken nach EU-Gentechnikrecht und die Umsetzung des Vorsorgeprinzips der EU sowie des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD). Nur so können wir uns vor Gentechnik-Verunreinigungen im Saatgut, in Futtermitteln, in unseren Ernten und auf unseren Tellern schützen. Die durchgesickerten Pläne der EU-Kommission sind besorgniserregend und scheinen dem Motto zu folgen: Profite für Konzerne – Risiken für alle. Bäuerinnen und Bauern sollen auf den Schäden sitzen bleiben. Nicht mit uns! Wir erwarten eine klare Haltung des GFFA und von Minister Özdemir zum Schutz der Gentechnikfreiheit - weltweit!

Die Zeit rennt: Herr Minister, handeln Sie jetzt entschlossen für das Menschenrecht auf Nahrung und die Rechte von Bäuerinnen und Bauern weltweit!

13 Jahre Protest in Berlin haben uns eins deutlich gemacht: Es braucht eine starke Zivilgesellschaft, die der Politik auf die Finger schaut.

Bäuer:innen weltweit erwarten vom GFFA unter dem Vorsitz von Cem Özdemir ein entschiedenes Handeln für Ernährungssouveränität, Menschenrechte und die strukturelle Bekämpfung von Hungerursachen.

Herr Minister, wir erhoffen uns von Ihnen mehr Ambition für eine sozial-gerechte Agrartransformation, die auf dem Menschenrecht auf Nahrung und den Rechten von Bäuerinnen und Bauern (UNDROP) weltweit basiert.

Von den Agrarminister:innen, die beim Global Forum for Food and Agriculture zusammenkommen, und insbesondere vom deutschen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir, fordern wir deshalb:

Mit Blick auf die Welternährungskrise:

1. endlich globale inklusive Antworten im Rahmen des Welternährungsausschusses (CFS) auf Basis des Rechts auf Nahrung zu entwickeln, die die sich verschärfende Welternährungs-, Klima- und Biodiversitätskrise adressieren.
2. bei der akuten Reaktion auf die Welternährungskrise die Hilfe endlich auf die Produzent:innen zu fokussieren, die sich in der agrarökologischen Transformation befinden.
3. vor allem Maßnahmen zu unterstützen, die der Ernährungssouveränität und der Transformation der Ernährungssysteme dienen.
4. sich für einen globalen Aktionsplan zum Recht auf Nahrung auf Basis der Empfehlungen des Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung auszusprechen.
5. sich dazu zu verpflichten, nationale und multilaterale Strategien zur Umsetzung der UNDROP zu entwickeln.

Mit Blick auf bäuerliche Saatgutvielfalt:

6. bäuerliche Rechte im Sinne des Internationalen Saatgutvertrags (ITPGRFA) und der UNDROP durch Reform von nationalen und regionalen Saatgutgesetzgebungen zu stärken und UNDROP zu einem zentralen Teil der laufenden EU-Saatgutreform zu machen.
7. bäuerliche Saatgutarbeit und bäuerliche Saatgutssysteme auch finanziell zu stärken, z.B. durch Förderung bäuerlicher Saatgutbanken und Fortbildungsprogramme.
8. Gesetze zu geistigem Eigentum an Saatgut so zu reformieren, dass bäuerliche und indigene Rechte geschützt sind; die Patentierung von Saatgut global zu verbieten und das Recht auf Nachbau global durchzusetzen.

Mit Blick auf Gentechnik:

9. das Vorsorgeprinzip des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) konsequent weltweit anzuwenden. Entsprechend muss das EU-Gentechnikrecht umgesetzt werden. Auch neue Gentechniken sind Risikotechnologien und müssen reguliert bleiben.
10. die Bestrebungen, Produkte der neuen Gentechnik zu deregulieren, wie es in der EU und verschiedenen Staaten derzeit diskutiert wird, einzustellen. Das Recht auf gentechnikfreie Züchtung, Erzeugung und Ernährung muss gesichert bleiben.
11. nicht rückholbare, weitgehende Eingriffe in die Natur und das Saatgut zu unterbinden. Das Verursacher:innenprinzip ist umzusetzen.